



## Interpellation 307

Eingang Stadtkanzlei: 4. Januar 2016

### Fragen zur Weiterentwicklung des städtischen Verkehrsmanagements

Mit dem sehr deutlichen Nein zur Volksinitiative „Für einen flüssigen Verkehr“ hat das Stimmvolk die Verkehrspolitik der Stadt Luzern erneut gestützt. Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität, welches eine Plafonierung des motorisierten Individualverkehrs und einen Ausbau bei Fuss-, Velo- und öffentlichem Verkehr beinhaltet, ist somit weiterhin uneingeschränkt gültig. Aus der Diskussion im Vorfeld der Abstimmung stellen sich für die SP/JUSO-Fraktion Fragen, wie der Stadtrat den Volkswillen in der Verkehrspolitik umzusetzen gedenkt.

1. Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität ist in seiner Form inzwischen zweimal von der Stimmbevölkerung bestätigt worden. Wie steht der Stadtrat in diesem Zusammenhang zum Umstand, dass das Reglement nun per Motion lediglich über das Parlament, ohne Einbezug der Bevölkerung, geändert werden soll?
2. Wie kann der Volkswille umgesetzt werden, sollten entscheidende Massnahmen des Gesamtverkehrskonzepts vom Grossen Stadtrat nicht gutgeheissen werden?
3. Welches sind denkbare Massnahmen des Stadtrates, sollte sich in den kommenden Jahren eine reglementswidrige Zunahme des motorisierten Individualverkehrs einstellen? In wessen Kompetenz liegen diese allfälligen Massnahmen?
4. Wie viel Zeit räumt sich der Stadtrat für das Ergreifen von Gegenmassnahmen ein, sollte sich in den kommenden Jahren eine reglementswidrige Zunahme des motorisierten Individualverkehrs einstellen?
5. Inwiefern kann der Kanton Luzern die Umsetzung des Volkswillens unterstützen oder auch behindern? Ist eine Umsetzung des Volkswillens der Stadtbevölkerung ohne Mitwirkung des Kantons überhaupt möglich?

Mario Stübi und Nico van der Heiden  
namens der SP/JUSO-Fraktion